



## Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Ruth Müller, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

### **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern endlich durchsetzen II – Verbundquote erhöhen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes einzubringen, sodass der kommunale Anteil am allgemeinen Steuererwerb, aus dem primär die Schlüsselzuweisungen finanziert werden, von 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöht wird.

#### **Begründung:**

Die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ hat 2018 in ihrem Abschlussbericht eine Erhöhung der kommunalen Verbundquote gefordert. Und das aus gutem Grund: Die bayerischen Städte und Gemeinden erhalten über das Finanzausgleichsgesetz nach wie vor lediglich 12,75 Prozent des allgemeinen Steuererwerbes. Damit hat der Freistaat die niedrigste Verbundquote unter den deutschen Flächenländern. Durch eine Erhöhung der Verbundquote würden auch die Schlüsselzuweisungen steigen – die mit 4,05 Mrd. Euro (2020) mit Abstand größte Einzelleistung des kommunalen Finanzausgleiches. Auf diese Weise könnte die Finanzkraft der Städte und Gemeinden nachhaltig gestärkt und ihr Handlungsspielraum erweitert werden.

Langfristiges Ziel muss sein, die in diversen Förderprogrammen gebundenen Mittel den Kommunen sukzessive über den Finanzausgleich zukommen zu lassen. Das stärkt die kommunale Selbstverwaltung und reduziert die mit den Förderprogrammen einhergehende Bürokratie.